



Fotoserie „DDR Geschichte und Gegenwart“. © Harald Hauswald.

Rolf Wischnath

Was man sieht beim Zurückblicken

*Die Zukunft liegt nicht darin,
dass man an sie glaubt
oder nicht an sie glaubt,
sondern darin,
dass man sie vorbereitet.
Die Vorbereitungen bestehen nicht darin,
dass man nicht mehr zurückblickt,
sondern darin,
dass man sich zugibt
was man sieht beim Zurückblicken
und mit diesem Bild vor Augen
auch etwas anderes tut
als zurückblicken. (Erich Fried)*

Vision einer sozialistischen Demokratie

Ich erinnere mich noch: In der Bonner Bundesrepublik gab es Christen, die in der Folge der 68er Ereignisse den Sozialismus als eine auch für die Bundesrepublik erstrebenswerte und auch mögliche gesellschaftliche, politische Ordnung ansahen. Dabei ist es schwer, einen gemeinsamen Nenner anzugeben. Und niemand ist rasch einzuordnen, auch wenn ich ein „wir“ gebrauche. Das gilt besonders für das Verhältnis zur DDR und deren politische Wertung. Es gab auch unter der christlichen Linken die Bandbreite der Einstellungen zum anderen deutschen Staat, von der kritiklosen Bewunderung der DDR als „größter Errungenschaft der Arbeiterklasse deutscher Zunge“ – bis hin zur DDR „als stalinistischem KZ“. Meine Meinung lag irgendwo dazwischen. Ich war als Student 1972 – also vor vierzig (!) Jahren – in Bonn dem Sozial-

demokratischen Hochschulbund (SHB) und der SPD beigetreten. Von diesem Jahr an würde ich mich selber als „sozialistisch gesonnen“ und bewegt ansehen – bis heute.

Unter „Sozialismus“ verstanden wir im SHB nicht nur notwendige soziale Verbesserungen im Rahmen der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsbedingungen, sondern eine neue, andere Gestalt der Gesellschaft. Eine Gestalt, in der 1. alle einen gerechten Anteil am Sozialprodukt haben, in der 2. Produktion und Verteilung in der Wirtschaft demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung unterworfen sind und in der 3. (auch international) unmäßige materielle Privilegien fortgesetzt abgebaut werden. Natürlich waren wir sparsam in der konkreten Beschreibung des künftigen sozialistischen Zustandes. Umso wichtiger waren die Auskünfte über den einzuschlagenden Weg zum Ziel. So hieß es in unserem Grundsatzprogramm:

„Da der Übergang zum Sozialismus nur die Verwirklichung des Willens der Mehrheit der Bevölkerung sein kann, muss durch Überzeugung und aktive Einbeziehung breiter Kreise der Bevölkerung die Voraussetzung für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus geschaffen werden. In jeder Phase des Übergangs zum Sozialismus müssen daher die demokratischen Freiheiten der arbeitenden Bevölkerung (...) erhalten und ausgebaut werden.“

Im Rückblick schaudere ich vor der gestanzten Sprache, in der wir uns „verständigten“, vor der dogmatischen Festigkeit, mit der wir die Welt ein-



zuteilen wussten. Hier gab es Richtiges, aber auch dauernd Verdrehungen und Ausblendungen.

Ich habe viele Besuche in der DDR gemacht zu Freunden und Dissidenten, zu Treffen des SHB mit der FDJ und zu Reformierten Gemeinden – auch im Auftrag des Moderaments des Reformierten Bundes, zu Musikereignissen und zu offiziellen Treffen der Krefelder Initiative – ich gehörte deren Leitungskreis an – mit dem Friedensrat der DDR. Im Verlauf dieser Besuche versuchte das MfS, mich als IM zu gewinnen. Es bediente sich dabei eines „Genossen“, der mein Freund war und der mich mit Legenden langsam in die Firma einführen wollte. Dieses gelang nicht, weil ich die Beziehungen rigoros abbrach. Trotz dieser Erfahrung blieb und hatte „der Sozialismus“ für mich die Überlegenheit des schönen Bildes über die raue Realität.

Eine gerechtere Gestalt des Zusammenlebens?

Als linke Theologen sahen wir es damals als unsere Aufgabe an, das Recht der sozialistischen Idee theologisch als vorläufige, bessere Entsprechung zu den humanen und sozialen Implikationen des Evangeliums zu begreifen. In einem Brief der „leitenden Geistlichen“ der Evangelischen Kirchen in der DDR aus dem Jahr 1968 an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht ist der Satz zu finden: „Als Bürger der DDR stehen wir vor der Aufgabe, den Sozialismus als eine gerechtere Gestalt des Zusammenlebens zu verwirklichen.“ In Anlehnung daran ließe sich formulieren: Wir „Christen für den Sozialismus“ – so hieß damals ein Zusammenschluss – sahen uns vor der Herausforderung, den Sozialismus als eine gerechtere Gestalt des Zusammenlebens zunächst einmal nur zu denken:

Ich bin von Anfang meines Studiums an geprägt worden durch die Grundentscheidungen der Theologie Karl Barths, wie ich sie bei dem Barth-

Schüler Walter Kreck in Bonn kennen lernte. Die Diskussion um die Theologie Barths war Anfang der 70er Jahre in scharfe Auseinandersetzungen geraten wegen der Habilitationsschrift Friedrich-Wilhelm Marquardts „Theologie und Sozialismus – Das Beispiel Karl Barths“. Was Helmut Gollwitzer über dieses Buch seines Schülers sagte, habe ich in der eigenen theologischen Existenz zu spüren bekommen: „Wenn die sozialistische Beunruhigung, von der Barth ausging, lebenslang in seinen innersten Gedanken über Gott mitsprach, dann will er diese Beunruhigung auch mit diesen Gedanken weitergeben, und dann kann er nur in gleicher Beunruhigung wirklich verstanden und aufgenommen werden.“ Von dieser Beunruhigung war mein Studium geprägt. Sie ist auch heute noch nicht von mir abgefallen.

Spielte in dieser theologischen Sozialismus-Diskussion die DDR eine Rolle? Es muss hier ein längerer Text zitiert werden, den ich nach 1989/90 manchmal in kirchlichen Diskussionsrunden (anonymisiert) vorgelesen habe. Das Ergebnis war in der Regel eine Mischung aus Verwunderung und Entsetzen, verknüpft mit der Vermutung, die Passage sei einem CFK-Dokument oder der Resolution eines Parteitages der Block-CDU entnommen. Es handelt sich um einen Abschnitt aus dem Votum des Theologischen Ausschusses der Evangelischen Kirche der Union zur Interpretation der zweiten Barmer These „Zum politischen Auftrag der christlichen Gemeinde“ aus dem Jahr 1973. Ich zitiere die Passage des Votums, die den Sozialismus in den Farben der DDR nicht nur „als eine gerechtere Gestalt des Zusammenlebens“ zu postulieren scheint, sondern diese als im Werden begriffen konstatiert:

„Sie [die sozialistische Gesellschaft in der DDR] ist eine Gemeinschaft, in die viel Gutes hineingegeben wird, mit dem Willen, ohne den Willen, gegen den Willen derer, die sie führen. Mit Schönfärberei, an der es freilich auch

Als linke Theologen sahen wir es damals als unsere Aufgabe an, das Recht der sozialistischen Idee theologisch als vorläufige, bessere Entsprechung zu den humanen und sozialen Implikationen des Evangeliums zu begreifen.



Wir haben die
Wirklichkeit in den
sozialistischen
Staaten ideologi-
siert, beschönigt
und verdrängt.

Bevor wir sagen:
„Das haben wir
nicht gewusst!“,
müssen wir sagen:
„Das haben wir
nicht wissen
wollen!“

unter Christen nicht fehlt, hat diese Erkenntnis nichts zu tun. Von ihr wird sie sich durch die Nüchternheit unterscheiden, in der das Gute gut und das Böse böse genannt und nicht verschwiegen wird. Aber es ist nicht zu leugnen: dass die Führung unserer straff organisierten Gesellschaft dem Wohl des Menschen dienen will und Wert darauf legt, dass möglichst viele Staatsbürger aus eigener Überzeugung in dieser Gesellschaft Verantwortung übernehmen, dass sie Opportunismus nicht will und selbst verachtet, dass sie soziale Sicherheit für jedermann nicht nur anstrebt, sondern zu einem guten Teil verwirklicht hat, dass sie die Jugend energisch vor manchen Gefahren (Rauschgift, Pornographie, Kriminalität) schützen will und mehr als in anderen Gesellschaften bewahrt, dass sie die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten erheblich vermehrt hat und ungerechte Einkommensverteilung abbaut, dass sie soziale Verbesserungen nicht nur anstrebt, sondern immer wieder vornimmt und ein Gesundheitswesen ausgebaut hat, das weithin als vorbildlich gilt, dass sie das Schulwesen finanziell so ausstattet, wie das nie vorher in Deutschland geschah, dass sie den Mitgliedern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ein finanziell besseres Leben sichern will und vielen zum ersten Mal einen Jahresurlaub ermöglicht hat, und dass unser Familiengesetzbuch und unsere Ehegerichtsbarkeit sich eindrucksvoll bemühen, dem schwächeren Teil zu seinem Recht zu verhelfen.“ (Theologischer Ausschuss der EKU, Zum politischen Auftrag der christlichen Gemeinde (Barmen II), Berlin 1975, S. 34f.)

Ich könnte das Zitat hier abbrechen, aber der Eindruck einer kritiklosen Akklamation wäre einseitig. Das Votum benennt auch die Probleme. Aber diese Benennungen sind nun doch so formuliert, dass von dem Vorhergehenden nichts zurückgenommen wird:

„Gewiss fällt es nicht immer leicht, das alles unbefangen zu würdigen, weil Eigenlob und geforderter Beifall eine

solche Würdigung hindern und entgegengesetzte Erscheinungen eindrucklich sind. Letztere werden von kirchlicher Seite laufend angesprochen: Es sei auf die öffentlichen Berichte der Kirchenleitungen auf den Synoden verwiesen. Deren Themen waren oft Gegenstand von Gesprächen zwischen den Kirchenleitungen und Behörden. Angesprochen wurden u. a. folgende Problemkreise: Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle Staatsbürger; einige Methoden bei der Kollektivierung der Landwirtschaft; Trennung von Familienangehörigen, die in der BRD wohnen; Auswahl bei dem Zugang zu den Förderklassen, zur Erweiterten Oberschule, zu Fach- und Hochschulen; weltanschauliche Erziehung auf den Schulen aller Art; Wehrdienst ohne Waffen und Verweigerung jeden Wehrdienstes aus Gewissensgründen; Neuformulierung unserer Verfassung 1968 und die gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruches. Man würde aber kritische Äußerungen der Kirchen unevangelisch auslegen, wenn man sie nicht auf dem Hintergrund jener befreienden Erkenntnis verstünde: Es gilt, dass auch in der DDR „Gott einem jeden von uns an seinem Arbeitsplatz Menschen zur Seite stellt, denen wir dienen sollen und an die wir gebunden sind“ (in „Vom Bleiben in der DDR. Wort der Synode der EKU an die Gemeinden ihrer Gliedkirchen in der DDR“ vom 11. 11. 1960).

Noch einmal weise ich darauf hin, dass diese Texte in den sechziger und siebziger Jahren (also vor fünfzig bzw. vierzig Jahren) entstanden sind. Sich heute von ihnen zu distanzieren, ist billig. Sich dafür rechtfertigen zu sollen, ist abwegig. Die Texte bekunden ein Wohlwollen und eine Hoffnung auf Reform in der DDR, wie sie damals infolge der Entspannungspolitik nicht nur in der Kirche wuchsen. Sie sind im eigentlichen Sinn des Wortes verjährt. Aber das EKU-Wort schien uns damals eine zutreffende Beschreibung der Zustände im Sozialismus der DDR zu sein, war es doch niedergeschrieben



worden von einem hervorragenden Ausschuss mit Theologen aus beiden deutschen Staaten. Unser Lehrer Walter Kreck war der Vorsitzende dieses Ausschusses. Und ich sehe keinen triftigen Anlass, mich noch heute von ihm zu distanzieren. Gleichwohl ist hier von Irrtümern und Versäumnissen zu sprechen:

Irrtümer und Versäumnisse

Wir westlichen Linken, insbesondere diejenigen, die der CFK (Christliche Friedenskonferenz) angehörten und den Kurs der unter Heinrich Werner redaktionell verantworteten „Stimme der Gemeinde“ mit trugen, waren einseitig. Und wir müssen die Gründe unserer Parteilichkeit für die DDR bedenken und uns der eigenen Sichtweisen und Propagandareden erinnern:

- Wir haben die Wirklichkeit in den sozialistischen Staaten ideologisiert, beschönigt und verdrängt.
- Wir haben zu Misständen und Unterdrückungen geschwiegen oder nicht deutlich genug Stellung genommen.
- Wir haben auf politische Verfolgung in der DDR und in Osteuropa anders reagiert als im Westen.
- Wir können uns heute angesichts so vieler erschreckender Stasi-Enthüllungen nach 1990 nicht herausreden mit der Formel unserer Väter und Mütter: „Das haben wir nicht gewusst.“ Bevor wir sagen: „Das haben wir nicht gewusst!“, müssen wir sagen: „Das haben wir nicht wissen wollen!“

Die Gründe für diese Ignoranz waren, dass vieles, was da kolportiert wurde, 1. nicht in unser Bild passte, es 2. von Leuten im Westen, die zu den Verbrechen des „Imperialismus“ schwiegen, propagandistisch zur ideologischen Waffe im kalten Krieg genutzt wurde und 3. es politisch in der Bun-

desrepublik instrumentalisiert wurde, um die Linke insgesamt zu diskreditieren.

Zu den selbstkritisch zu bedenkenden Aspekten der eigenen Biographie gehört auch die Frage, ob wir nicht politische Probleme, Perspektiven und Programme zu schnell in das Gewand theologischer Verbindlichkeiten gekleidet haben. Wir „Linksbarthianer“ haben nicht genügend bedacht, was Barth in „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ mit der „Gleichnisfähigkeit und Gleichnisbedürftigkeit des politischen Wesens“ in Bezug auf das von der Kirche zu verkündigende Reich Gottes gemeint hat. Wir haben nicht ernst damit gemacht, dass Christen in der Politik „gerade mit ihrem Christentum nur anonym“ und also nicht etwa als christliche Partei – auch nicht als eine den Sozialismus fordernde und begleitende Parteigung – auftreten können.

Bei Hans-Joachim Kraus findet sich in seiner Dogmatik „Reich Gottes – Reich der Freiheit“ der Satz: „Das erste Gebot ist die Krisis der Theorie und Praxis des Sozialismus.“ Das ist meines Erachtens die entscheidende theologische Implikation, die der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus uns einmal mehr vor Augen geführt hat: dass das Leben im politischen Bereich dort entfremdet und entmenschlicht wird, wo aus der Politik Religion gemacht wird: zur Angelegenheit des Letzten und nicht des sinnvoll und verantwortlich zu gestaltenden Vorletzten – vor allem dort, wo autoritäre Macht und Personenkult sich ausgebreitet hatten. Die im Licht des ersten Gebotes zu erkennende „Schuld“ – wenn man denn unbedingt zu diesem Wort in jenen Zusammenhängen greifen will – sei dann auch von mir benannt, eben diese Krisis, die grundlegende Infragestellung durch das erste Gebot zu wenig an unsere linken politischen „Weltanschauungen“ und Irrtümer herangelassen zu haben.

Wir lügen uns neu etwas in die Tasche, wenn wir die DDR-Realität reduzieren auf ihre Gewalt- und Unrechtsseiten.



Wir lügen uns etwas in die Tasche, wenn wir die DDR-Realität reduzieren auf ihre Gewalt- und Unrechtsseiten.

Alles nur Unrecht?

Anzuerkennen, dass der im Osten Deutschlands erstmalig eingeschlagene Weg zum Sozialismus in einer elenden Sackgasse mündete, dass begangene Fehler, Irrtümer und eigenes Versagen zu befragen sind, ist das eine. Das andere ist, zu widersprechen, wenn aus der Totalität des Zusammenbruchs die Berechtigung gefolgert wird, alles zu verwerfen oder zu kriminalisieren, was da gescheitert ist. Differenzierung muss nicht Verharmlosung oder Beschönigung sein. Was war es, was da zusammengebrochen ist? Ein Unrechtssystem von Anfang an? Eine Menschlichkeitshoffnung? Ein Irrweg der Geschichte? Das Reich des Bösen?

Vor allem war es der Versuch, nach zwei von Deutschland aus entfachten Weltkriegen, etwas anders zu machen und die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich die Schande, die Verbrechen und der Terror des Nationalsozialismus nicht noch einmal wiederholen können.

Noch in jedem Land, in dem sozialistische oder marxistische Ideen Menschen zu einer Revolution veranlasst haben, waren Not, massenhaftes Elend und Unrecht der Boden, aus dem der Aufbruch zu Neuem erwuchs. Das war 1945 nicht anders als 1917. Die Ursachen des Todes und des Schreckens, den beide Weltkriege über Millionen Menschen gebracht hatten, ein für allemal aus der Welt zu schaffen, war ursprüngliche Absicht. Das System, das das faschistische Verbrechen erzeugt hatte, zu beseitigen, ließ Generationen zu Sozialisten werden. So wenig dieser historische und menschliche Ausgangspunkt die Jahre der DDR in ihren Ereignissen zu erklären oder zu rechtfertigen vermag, ohne ihn in Rechnung zu stellen, muss die Analyse blind bleiben. In der Logik dieser Grundentscheidung lag es, einen antikapitalistischen Weg einzuschlagen und eine sozialistische

Gesellschaft zu erhoffen. Und der Versuch, die Schranken zwischen Arm und Reich aufzubrechen, Gerechtigkeit und eine sozial gesicherte Existenz für alle zu garantieren, die materiellen und kulturellen Werte allen zugänglich zu machen, Gleichberechtigung zwischen Geschlechtern, Generationen und Nationen herzustellen, blieb nicht ohne Resultate. Wir lügen uns etwas in die Tasche, wenn wir die DDR-Realität reduzieren auf ihre Gewalt- und Unrechtsseiten. Jene anderen Resultate wurden über Jahre hin nicht nur im eigenen Land und nicht nur von Kommunisten anerkannt. Der Text der EKU ist ein Beispiel solcher Anerkennung. Und es hat in der Bonner Republik eine vielfältige DDR-Forschung, ja namhafte Institute gegeben, die die DDR durchaus als eine in die Zukunft weisende gesellschaftliche Alternative in ihren „Errungenschaften“ zur Kenntnis genommen und zur Diskussion gestellt hat.

Schuld?

Heute gibt es in der Berliner Republik weithin nur noch eine Totalverurteilung der DDR und der in ihr eingegangenen Loyalitäten, eine Fixierung auf die Auswüchse der Perversion der Macht und des zuschanden gerittenen Sozialismus.

Dies alles steht zu oft in direktem Verhältnis zum Verlust der Kritikfähigkeit an einer Wirtschaftsordnung, die als alternativlos vergöttert wird, die ihr Funktionieren aber dem Umstand verdankt, dass sich mit ihren Hemmungslosigkeiten eine im Wohlstand lebende Minderheit auf Kosten der Weltmehrheit gütlich tut. Die verheerende Finanzkrise zeigt das Herz des Kapitalismus. Griechenland ist das Menetekel. Und das erste Gebot ist auch und gerade Krisis der Theorie und Praxis dieser Unordnung.

Walter Kreck hat in den Diskussionen seit den 50er Jahren immer und immer wieder hingewiesen



auf „den von uns mitverschuldeten furchtbaren Gräben zwischen den hungernden Millionen in der Dritten Welt und uns satten Wohlstandsbürgern“. In diesem Zusammenhang, benannte er die DDR nicht als den besseren deutschen Staat. Es sei aber nicht ausgemacht, sagte er, welcher deutsche Staat mehr zur Ungerechtigkeit in der Welt beigetragen habe, die DDR mit ihrem relativ geringen internationalen Einfluss oder die Bonner Republik, deren grandiose wirtschaftliche Erfolge nicht unbedeutend auf der Ausbeutung anderer, der sehr anderen Völkern der sog. „Dritten Welt“, beruhten und beruhen. Und in diesem Sinn hat Walter Kreck seine Kirche, die EKD und die Rheinische Kirche und die Evangelische Kirche der Union (die von ihrem Selbstverständnis her ungeteilt war) inständig gebeten, immer wieder das Wort zu nehmen, um die Zusammenhänge der Armut der Einen und des Reichtums von uns Anderen als „unerträglichen Skandal zu brandmarken“?

Habe ich in den Jahren meines kirchlichen Dienstes (besonders meiner Zeit als Generalsuperintendent in Cottbus von 1995 bis 2004) dazu hinreichend das Wort genommen? Wie oft hat unter dem Regiment des Bischofs Wolfgang Huber die Kirchenleitung der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg, der ich seit 1991 angehörte, diese verheerenden Zusammenhänge zum Hauptpunkt ihrer Tagesordnung gemacht? Nicht ein einziges Mal. Und wer hat das bemängelt? Niemand. Ich auch nicht. Und wie oft haben wir uns dagegen bis ins Kleinste etwa mit der Causa „Stolpe“ befasst?! In diesem Schweigen sehe ich meine ungleich größere verfehlte Verantwortung als in dem, was ich nun in Sachen DDR noch einmal im Zusammenhang von meinen Studententagen an bis zur Gegenwart aufgeschrieben habe. Mein Schweigen im Leitungsamt „unserer Kirche“ ist tatsächlich „Schuld“ zu nennen.



Rolf Wischnath

war von 1991 bis 1995 einer der beiden Moderatoren der Reformierten Gemeinden in Berlin und Brandenburg. Von 1995 bis 2004 war er Generalsuperintendent des Sprengels Cottbus. Als Honorarprofessor lehrt er Systematische Theologie an der Universität Bielefeld.

Nachwort

Gerd Klatt erinnert in diesem Heft an meinen Beitrag in der Jungen Kirche 3/1993, in dem ich mich vehement für Heinrich Fink eingesetzt habe. Die Gründe für diesen Artikel lagen vor allem in den juristischen Unmöglichkeiten von Finks Entlassung, die der damalige von Fink beauftragte CDU-Rechtsanwalt Nordemann schlüssig vorgetragen hat. Vor allem aber sah ich mich zu jenem Text veranlasst durch das klare, mir ganz und gar vertrauenswürdig geltende Wort Heinrich Finks selber: „Bruder Wischnath, da ist nichts dran.“

Die Nachrichten von den wieder gefundenen und zusammengesetzten Akten, die der Spiegel und die Berliner Zeitung im Mai / Juni 2005 anzeigen und darstellen – ich sehe nicht, wie diese falsifiziert werden könnten –, diskreditieren Heinrich Fink und seine damaligen Freunde – auch mich. Ich habe von diesem Aktenfund erst jetzt gehört, weil ich die Angelegenheit „Heinrich Fink“ konsequent verdrängt habe. Erst heute höre ich von den zusammengeklebten Beweisen. Sie bringen mich in den raren Zustand der Fassungslosigkeit und in zutiefst deprimierende Gemütslagen. Den Artikel „Warum Heiner Fink verurteilt wurde“ muss ich heute – spät, zu spät – mit der Bitte um Vergebung an die Leser der Jungen Kirche widerrufen.